



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Mexiko

2024

Menschenrechtsverteidiger/innen, Journalist/innen und Protestierende liefen in Mexiko nach wie vor Gefahr, kriminalisiert, gewaltsam angegriffen und getötet zu werden. Angehörige des Militärs und der Nationalgarde beginnen weiterhin ungestraft Menschenrechtsverletzungen und möglicherweise auch außergerichtliche Hinrichtungen. Fälle des Verschwindenlassens gaben Anlass zur Sorge, und es wurde befürchtet, dass die Regierung das Ausmaß des Problems herunterspielte. Menschen, die nach Verschwundenen suchten, sahen sich großen Gefahren gegenüber. Nach wie vor wurden Menschen willkürlich in Haft genommen. Die Unabhängigkeit der Justiz war durch Verfassungsänderungen bedroht.

Hintergrund

Im Oktober 2024 wurde Claudia Sheinbaum Pardo als erste Frau im Präsidentenamt Mexikos vereidigt. Sie löste Andrés Manuel López Obrador im Amt ab. Der Wahlkampf zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen war der bisher gewalttätigste des Landes: Nach Angaben des Thinktanks *Laboratorio Electoral* wurden mindestens 41 Kandidat/innen getötet.

Seit vor 17 Jahren entschieden wurde, das Militär maßgeblich an Einsätzen im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu beteiligen, ist die Zahl der Morde und der Fälle des Verschwindenlassens stetig angestiegen. Im September 2024 billigte der Kongress eine Verfassungsänderung, mit der die Nationalgarde dem Verteidigungsministerium (SEDENA) unterstellt und die öffentliche Sicherheit faktisch militarisiert wurde.

Im Juni 2024 traten umstrittene Gesetzesreformen bezüglich Amnestien und des *Amparo*-Verfahrens (justizieller Schutz der Verfassungsrechte) in Kraft. Damit erhielt die Präsidentin die Befugnis, uneingeschränkt Amnestien für Personen auszusprechen, die Informationen für Ermittlungen liefern, und Richter/innen wurde die Möglichkeit genommen, bestimmte einstweilige Verfügungen zu

verhängen, selbst wenn dadurch Menschenrechtsverletzungen verhindert werden könnten.

Recht auf friedliche Versammlung

Die Behörden bedienten sich auch 2024 des Justizsystems, um Personen, die sich für Landrechte und Umweltschutz einzusetzen, sowie Studierende, die sich an Protesten beteiligten, zu kriminalisieren.

Die Sicherheitskräfte gingen 2024 weiterhin mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Proteste vor. Im März 2024 berichteten Aktivistinnen und die Medien über exzessive Gewaltanwendung gegen Frauen, die im Rahmen des Internationalen Frauentags auf die Straße gegangen waren. So sollen Sicherheitskräfte in den Bundesstaaten Colima, Chihuahua, Mexiko-Stadt, México, Morelos, Oaxaca, Puebla und Zacatecas Tränengas eingesetzt haben.

Am 20. Juni 2024 griff die Polizei eine Personengruppe an, die gegen eine Schweinefarm im Verwaltungsbezirk Perote im Bundesstaat Veracruz protestierte, dabei wurden die Brüder Jorge und Alberto Cortina Vázquez getötet.

Außergerichtliche Tötungen

Militärangehörige wurden auch 2024 für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht, die möglicherweise außergerichtlichen Hinrichtungen gleichkamen und in der Regel ungestraft blieben.

Medienberichten und Angaben von Menschenrechtler*innen zufolge griffen Angehörige des Verteidigungsministeriums SEDENA am 26. April 2024 in der Stadt Nuevo Laredo im Bundesstaat Tamaulipas zwei junge Männer an, die mit dem Auto unterwegs waren. Dabei wurde einer der Männer getötet. Aus Augenzeugenberichten und Aufnahmen von Überwachungskameras ging hervor, dass am 9. Juni 2024 fünf Angehörige der Nationalgarde ein Haus in der Stadt León im Bundesstaat Guanajuato betraten, in dem nur wenige Minuten später zwei Kleinkinder und vier Frauen getötet wurden.

Am 13. Juli 2024 griffen zwei Angehörige der Nationalgarde in Villa Hidalgo im Bundesstaat San Luis Potosí vier Personen an, die im Auto unterwegs waren. Dabei wurden ein Mädchen getötet und ein Jugendlicher verletzt. Am 1. Oktober 2024 wurden im Bundesstaat Chiapas sechs Migrant*innen, die zwischen Villa Comaltitlán und Huixtla unterwegs waren, getötet, als Militärangehörige auf ihren Wagen schossen.

Verschwindenlassen

Die Zahl der vermissten und verschwundenen Personen war weiterhin besorgniserregend hoch. Im Jahr 2024 gab es laut der Nationalen

Suchkommission (*Comisión Nacional de Búsqueda*) 13.588 neue Fälle vermisster und verschwundener Menschen – 9.621 Männer, 3.960 Frauen und sieben Personen, die nicht identifiziert werden konnten.

Das Nationale Register Verschwundener und Vermisster Personen (RNPDNO) erfasste bis August 2024 insgesamt 116.386 Verschwundene. Von 1962 bis Ende 2024 wurden nach offiziellen Angaben insgesamt 120.740 Menschen als vermisst oder verschwunden registriert.

Angesichts der Untätigkeit der Behörden haben sich Verwandte und Freund/innen der Betroffenen zusammengeschlossen, um Gerechtigkeit zu fordern und selbst nach ihren Lieben zu suchen – allen voran Frauen. Für ihr Engagement werden sie jedoch regelmäßig angegriffen, kriminalisiert und bedroht, auch mit sexualisierter Gewalt. Zudem sind sie Ziel von Verleumdungskampagnen. Das erschwert nicht nur ihre Menschenrechtsarbeit, sondern isoliert sie auch gesellschaftlich. In einigen Fällen wurden Menschen, die sich für die Aufklärung von Fällen des Verschwindenlassens eingesetzt haben, sogar getötet: Allein in den vergangenen fünf Jahren starben 16 Personen, 13 davon Frauen. Eine Frau wurde selbst Opfer des Verschwindenlassens.

Bei einem Treffen im Juni 2024 war die Regierung nicht bereit, den Angehörigen der 43 Studenten aus Ayotzinapa (Bundesstaat Guerrero), die 2014 "verschwunden" waren, den Großteil der 800 Militärdokumente auszuhändigen, die für die Ermittlungen in dem Fall relevant waren. Präsident Andrés Manuel López Obrador griff Organisationen an, die die Angehörigen der 43 verschwundenen Studenten unterstützten, so z. B. die Menschenrechtsorganisation *Centro Prodh*, das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* und die Interdisziplinäre Gruppe unabhängiger Expert*innen (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes* – GIEI).

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2024>

<https://www.amnesty.de/mexiko-verschwundene-und-ihre-familien-oktober-2024-09-30>